



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

23. Sitzung

Hannover, den 24. August 2018

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 23:

Mitteilungen der Präsidentin 1979
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 1979

Zur Geschäftsordnung:

Helge Limburg (GRÜNE)..... 1979, 1980
Jens Nacke (CDU) 1979

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch den Finanzminister zur aktuellen Lage der NORD/LB 1980
Reinhold Hilbers, Finanzminister 1980
Stefan Wenzel (GRÜNE) 1983
Christian Grascha (FDP)..... 1984
Ulf Thiele (CDU)..... 1984, 1986
Dragos Pancescu (GRÜNE)..... 1985
Frauke Heiligenstadt (SPD)..... 1986

Tagesordnungspunkt 14:

Dringliche Anfragen 1988

a) **Fokus Klima - Was tut die Landesregierung gegen die drohende Rückwärtsentwicklung der Erneuerbare-Energien-Branche?** - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1446 1988

Imke Byl (GRÜNE)
..... 1988, 1993, 1999, 2001, 2002
Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bau-
en und Klimaschutz 1989 bis 2009
Axel Miesner (CDU)..... 1992
Martin Bäumer (CDU)..... 1992

Stefan Wirtz (AfD)..... 1995, 2003, 2009
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 1996, 2004, 2008
Jörg Bode (FDP) 1997, 2007
Gerd Hujahn (SPD)..... 1998
Laura Rebuschat (CDU)..... 1999
Dr. Frank Schmädeke (CDU) 2000
Jochen Beekhuis (SPD)..... 2006
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 2008

b) „Wir wollen keine Sonntagsreden schwingen, sondern handeln...“ (PM des MU, 7. August 2018):
Was plant die Landesregierung konkret zu den jüngsten Aussagen von Minister Lies zu Elektromobilität, Fuhrparkmanagement, Dürrehilfen und Inselanbindungen? - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/1436..... 2010
Jörg Bode (FDP) 2010, 2016, 2017, 2020
Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bau-
en und Klimaschutz 2011 bis 2021
Reinhold Hilbers, Finanzminister 2017
Hermann Grupe (FDP) 2017
Imke Byl (GRÜNE)..... 2018, 2021
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 2019

Tagesordnungspunkt 25:

Große Anfrage:

Was tut die Landesregierung, um das Insektensterben zu stoppen, und wann werden Bienengifte wie Neonicotinoide verboten? - Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/408 - Antwort der Landesregierung - Drs. 18/1347..... 2021
Christian Meyer (GRÜNE)..... 2021
Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bau-
en und Klimaschutz 2024, 2026
Hermann Grupe (FDP) 2028, 2029

Dr. Frank Schmädeke (CDU).....	2029, 2031
Miriam Staudte (GRÜNE).....	2031
Stefan Wirtz (AfD).....	2032
Axel Brammer (SPD).....	2033, 2034

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404... 2035

und

Tagesordnungspunkt 27:

Erste Beratung:

Europa fördert Niedersachsen - Weichenstellungen für die neue EU-Förderperiode 2021-2027 - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1387..... 2035

Dr. Stephan Siemer (CDU).....	2035, 2039
Christian Grascha (FDP).....	2036
Stefan Wirtz (AfD).....	2037
Dragos Pancescu (GRÜNE).....	2037
Miriam Staudte (GRÜNE).....	2038
Jörn Domeier (SPD).....	2038

Ausschussüberweisung (TOP 26 und 27) 2039

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1385 2039

Dr. Stefan Birkner (FDP)	2040, 2043, 2044, 2047, 2048
Jens Ahrends (AfD).....	2041
Karsten Becker (SPD).....	2042, 2043, 2044
Sebastian Lechner (CDU).....	2045, 2048, 2049
Jörg Bode (FDP).....	2045
Helge Limburg (GRÜNE).....	2048, 2050, 2051
Jens Nacke (CDU).....	2050

Ausschussüberweisung..... 2051

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1380..... 2051

Stephan Bothe (AfD)	2051, 2053, 2054, 2055, 2059
Dr. Alexander Saipa (SPD).....	2053
Björn Försterling (FDP).....	2054

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE).....	2054
Sylvia Bruns (FDP).....	2056
Dr. Christos Pantazis (SPD).....	2057
Laura Rebuschat (CDU).....	2058
<i>Ausschussüberweisung</i>	2059

Tagesordnungspunkt 30:

Fokus Klima: Landwirtschaft nach Dürre und Hitzewelle nachhaltig neu ausrichten! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1398 2060

Ausschussüberweisung..... 2060

Nächste Sitzung 2060

Ich bin weiterhin zuversichtlich, dass Niedersachsen die richtigen Standortangebote und damit auch hervorragende Perspektiven hat.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Abgeordnete Byl. Bitte schön!

Imke Byl (GRÜNE):

Danke. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass das von Umweltminister Lies angekündigte und versprochene Klimakompetenzzentrum bereits 2017 von einem grünen Umweltminister eingerichtet wurde und seither im Landeshaushalt finanziell abgesichert ist, frage ich die Landesregierung: Schmückt sich Ihr Umweltminister eigentlich gerne mit fremden Federn? Und bleiben wenigstens die Stellen, die es bislang im Klimakompetenzzentrum gibt, erhalten?

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Minister wird auch Ihnen für die Landesregierung antworten.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Byl, ja, tatsächlich: Man schmückt sich auch mit Federn der Vorgänger. Das ist so. Das ist, glaube ich, in jeder Regierung so. Es ärgert, denke ich, auch viele, die früher in Regierungsverantwortung standen, dass sie Dinge auf den Weg gebracht haben - ein bisschen schon -, aber die Erfolge erst hinterher kommen. Das ist tatsächlich so.

Das war eine gute Entscheidung; die war nicht falsch. Das muss fortgesetzt werden.

(Imke Byl [GRÜNE]: Sie wollen ja eine neue einrichten!)

Die Idee dieses Klimakompetenzzentrums, von dem wir sprechen, ist, Themen stärker zu bündeln und sich - ich habe es vorhin beschrieben - sozusagen stärker mit der wissenschaftlichen Grundla-

ge - wohin geht es eigentlich klimatisch? - und mit den Auswirkungen zu beschäftigen.

Es ist eine feste Bündelung vorgesehen, für die natürlich eine entsprechende Ausstattung notwendig ist. Trotzdem basiert das natürlich auf getroffenen Entscheidungen, und das ist auch gut so. Das kann man konsequent fortsetzen, aber man darf das selbstverständlich auch weiterentwickeln, und zwar immer im Sinne des Klimaschutzes. Das sehen wir sicherlich gemeinsam so.

(Imke Byl [GRÜNE]: Und die Stellen?)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, damit schließen wir die Beratung der Dringlichen Anfrage der FDP-Fraktion. Die Behandlung der Dringlichen Anfragen ist damit beendet.

Wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 25:

Große Anfrage:

Was tut die Landesregierung, um das Insektensterben zu stoppen, und wann werden Biengifte wie Neonicotinoide verboten? - Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/408 - Antwort der Landesregierung - Drs. 18/1347

Wir kommen zur Besprechung. Nach § 45 unserer Geschäftsordnung wird zu Beginn der Besprechung einem der Fragestellerinnen oder einem der Fragesteller das Wort erteilt. Danach erhält die Landesregierung das Wort.

Für die Fraktion, die die Anfrage gestellt hat, liegt mir die Wortmeldung des Abgeordneten Christian Meyer vor. Bitte, Herr Meyer!

Christian Meyer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wenn die Biene stirbt, hat der Mensch noch vier Jahre zum Überleben.“ Auch wenn es überhaupt keine Belege gibt, dass Einstein dies jemals gesagt hat, ist der Zusammenhang doch klar. Mehr als 80 % aller Nutz- und Wildpflanzen sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Ohne Bienen, Hummeln und Schmetterlinge hätten wir weniger zu essen. Ohne Bestäuber würden die Ernten von Obst und Gemüse teilweise um bis zu 90 % Prozent einbrechen. Bei der Birne wären es 90 % weniger Ertrag, bei

der Möhre wären es ebenfalls 90 % weniger Ertrag, wenn wir keine Bienen, Wespen und Hummeln hätten. Wir würden verhungern. Unser Biosystem würde zusammenbrechen.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Wild- und Nutzbienen wird auf 190 bis 300 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Das ist nicht der Honigertrag, sondern das müssten wir bezahlen, wenn wir sozusagen Leute, die Mindestlohn erhalten, mit einem Pinsel ins Alte Land schicken würden, um die Obstbäume zu bestäuben. Das ist der Nutzen, den die Natur, die Insekten, die Bestäuber unserer Wirtschaft kostenlos bringen.

Die Landesregierung betont in ihrer Antwort auch die hohe Bedeutung von Insekten für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und für die Humusbildung. Das funktioniert nämlich auch nicht ohne Insekten. Von daher sind Insekten auch als Klima- und Bodenschützer unverzichtbarer Teil unseres Ökosystems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verschiedene Studien zeigen einen dramatischen Rückgang der Insektenbiomasse in Deutschland um bis zu 80 %. 1 432 Insektenarten sind in Niedersachsen als ausgestorben oder gefährdet eingestuft.

Bei den insektenfressenden Vögeln sind mehr als die Hälfte der 212 niedersächsischen Brutvogelarten vom Erlöschen bedroht oder stark gefährdet. Am stärksten betroffen sind gerade Arten der Agrarlandschaft, frühere Allerweltsarten wie der Star. Auch der Vogel des Jahres 2018 lebt von Insekten, und auch er ist bedroht. Deshalb heißt unsere Kampagne: „Ich bin ein Star - holt mich zurück!“ Denn wir brauchen diese Vögel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo ist nun der Zusammenhang? - Die Landesregierung schreibt in ihrer Antwort lapidar:

„Die Vermutung liegt nahe, dass ein Insektenrückgang ein wesentlicher Grund sein könnte, weshalb viele insektenfressende Vogelarten deutliche Bestandsrückgänge aufweisen.“

Auch wenn das Land kein eigenes Monitoring betreibt, sondern erst ankündigt, sagt die Landesregierung zu Recht, dass ihr das Verschwinden von Insekten und Vögeln große Sorgen macht: „ schon die heutige Erkenntnislage über den Insektenrückgang zwingt auch ohne abschließende Ursachenermittlung zum sofortigen Handeln.“

Doch wenn wir nach Maßnahmen fragen, etwa nach neuen Maßnahmen zum Insektenschutz, kommt Fehlansage. Das Agrarministerium sagt auf eine Anfrage der Presse, ob etwas zum Schutz von Bienen und Wildinsekten geplant sei: Nein!

Man ruht sich auf Erfolgen von Rot-Grün aus, etwa der Verdopplung der Blühstreifen. Rot-Grün hat ja die Förderung verdoppelt sowie als erstes Bundesland einen Imkerbonus eingeführt und so eine Verdopplung der Fläche erreicht. Das ist übrigens ein sehr spannendes Projekt. Ich bin dem Landvolk, den Bauern sehr dankbar, dass sie so viele Blühstreifen in Niedersachsen gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt, dass viele Landwirte mehr machen wollen. Deshalb ist es gut, dass wir die Förderung verdoppelt haben.

Trotzdem bleibt die Wende in der Landwirtschaftspolitik existenziell. Man darf nicht einfach ein „Weiter so!“ propagieren, wie es CDU und SPD leider tun.

Landwirte, die etwas für den Bienenschutz tun wollen, werden zurzeit bestraft. Das ist gestern angesprochen worden: Wenn ein Landwirt eine Hecke pflanzt, wenn er einen Baum stehen lässt, wenn er ein paar Meter am Waldrand nicht bewirtschaftet, wenn er ein wenig Fläche am Gewässer der Natur überlässt, dann kommt die EU und sagt: Das ist keine landwirtschaftliche Nutzfläche! Dafür besteht kein Zahlungsanspruch! Ich ziehe dir das von deinen Subventionen ab!

Ich verstehe, was der Landwirt dann mit dem Baum, mit der Hecke, mit dem Randstreifen macht. Deshalb müssen wir ein System schaffen, in dem der Landwirt belohnt wird, wenn er etwas für die Natur tut, wenn er - so wie bei den Blühstreifen - Platz macht, wenn er sich für den Bienenschutz einsetzt - und nicht wenn er Hecken, Wegeränder und Brachen zerstört.

An der Hauswand des Umweltministeriums - ich bin dort vorhin noch einmal vorbeigegangen - hängt ein großes Plakat:

„Flower-Power für Wildbiene, Hummel und Co. - Insekten brauchen Blumenwiesen!“

Es fordert also mehr Blühflächen.

Gleichzeitig - das hat der Herr Umweltminister Lies eben auch angekündigt - erlaubt das Agrarministerium jetzt, diese Brachen, die zu den wenigen Rückzugsräumen von Insekten zählen, abzumä-

hen. Ob dieses Heu überhaupt noch als Tierfutter nutzbar ist, wage ich zu bezweifeln. Aber auch Insekten geht es zurzeit bei der Klimakatastrophe, bei der Dürre sehr schlecht. Brachen sind die letzten Refugien, in denen Wildinsekten überleben können. Deshalb sind sie ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir Rettungsinseln für Wildinsekten und nicht vorgezogene Mahdtermine für Insektenrückzugsräume.

Auch das Zerstören dieser Bienenflächen zeigt, dass es einen tiefen Graben zwischen Umwelt- und Agrarministerium gibt. Einige Medienvertreter nennen die Straße zwischen den beiden Häusern schon den Calenberger Graben, weil die Agrarministerin alle Ansätze des Umweltministers einreißt.

Bezeichnend ist die Antwort auf eine unserer Fragen zur Stoffgruppe der Neonicotinoide, die die EU jetzt aus wissenschaftlichen Gründen verboten hat. Wir fragten die *Landesregierung*, ob sie eine Gefahr für die Bienen sieht. Antwort der Landesregierung: Das *MU* sieht eine Gefahr für die Bienen.

Es ist schon sehr ungewöhnlich, dass in einer Antwort der gesamten Landesregierung ein einzelnes Ministerium herausgehoben wird. Wenn man extra betont, dass - nur - das Umweltministerium bei den Neonicotinoiden skeptisch ist, lese ich daraus, dass die Agrarministerin die wissenschaftliche Bewertung der EU nicht teilt und keine Gefahr sieht, die von diesem Nervengift auf Bienen ausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht können Sie sich dazu einmal erklären.

Überhaupt leugnet die CDU-Agrarministerin das ganze Problem. Da kommt am 2. Juli eine Pressemitteilung aus dem Agrarministerium mit der Überschrift: „Vom Bienensterben weit entfernt“. - Frau Ministerin, das ist zynisch. Nur weil es dank der Erfolge auch unserer rot-grünen Politik deutlich mehr Imkerinnen und Imker und deshalb mehr Nutzbienen gibt, können Sie nicht einfach sagen, den Bienen gehe es gut, und so tun, als lebten wir in einer heilen Welt. Sie müssen sich z. B. fragen, warum - wie der Antwort auf die Anfrage zu entnehmen ist - die Honigerträge der Nutzbienen in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte eingebrochen sind: z. B. weil sie in der Agrarlandschaft immer weniger Nahrung finden.

Es geht den Wildbienen und Hummeln nicht gut. Meine Damen und Herren, auch Wildbienen und Hummeln sind Bienenarten. Deshalb sollte man das Bienensterben nicht leugnen, wie es die CDU hier getan hat. Ich dachte, das Leugnen des Bienensterbens ist Sache der AfD und nicht einer Agrarministerin. Denn schauen Sie sich Ihre eigene Antwort der Landesregierung an: In Niedersachsen sind von bislang 341 Wildbienenarten - so viele gibt es - 46 Arten ausgestorben oder verschollen. Das ist reales Bienensterben.

Meine Damen und Herren, deshalb brauchen wir reale Taten statt beschönigender Worte. Wir brauchen ein umfassendes Verbot von Bienengiften in der Landwirtschaft. Wir brauchen eine Pestizidabgabe, wie es Robert Habeck als schleswig-holsteinischer Minister vorgeschlagen hat. Auch Pflanzengifte wie Glyphosat, von dem immer noch viele Tonnen eingesetzt werden, müssen sich vom Acker machen. Wir brauchen mehr Anreize für den Bienenschutz in der Agrarförderung anstatt eines „Weiter so!“. Denn Imkerinnen und Imker kriegen momentan - ich würde sie als Teil der Landwirtschaft sehen - 0 Euro Subventionen, weil die Flächen, die die Bienen bestäuben, in anderer Hand sind. Deshalb müssen wir auch gerade den Naturschutz und die Leistungen von Imkerinnen und Imkern deutlich höher honorieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gestern eine Antwort zum Thema Glyphosat gekriegt. Es ist fatal, dass diese Landesregierung dieses Jahr schon 412 Ausnahmegenehmigungen erteilt hat, auf nichtlandwirtschaftlichen Flächen in Niedersachsen Glyphosat auszubringen, sei es auf Schienenstrecken und für die Säuberung von Wegen in den Kommunen.

Herr Lies, deshalb müssen Sie auch die anderen Ministerien in die Pflicht nehmen! Das Verkehrsministerium muss seine Straßenseitenränder bienenfreundlicher gestalten. Weniger mähen! Es reicht nicht als Antwort, wenn Sie einen Appell machen, man solle nicht so viel mähen. Das Raumordnungsministerium muss den Flächenfraß und die Betonflut stoppen. Das Finanzministerium muss mehr Geld für den Insektenschutz herausrücken.

(Minister Reinhold Hilbers: Was?)

Meine Damen und Herren, eine Weideprämie, für die sich der Umweltminister noch einmal ausgesprochen hat, hilft auch den Insekten. Gucken Sie sich bitte mal einen Kuhfladen an, wie viele Insekten da sind! Aber die Agrarministerin ignoriert ja

die Versprechen des Ministerpräsidenten, es werde eine Weideprämie geben. Sie hat das ja damit begründet - ich zitiere die *Ostfriesen-Zeitung* -, dass es in einem geschlossenen Stall deutlich weniger Fliegen gibt. Deshalb braucht man keine Weideprämie, weil Kühe draußen von Insekten belästigt würden. - Das ist aus meiner Sicht fatal.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns jetzt diesem Problem wirklich stellen. Es ist ein dramatisches Problem für die Biodiversität, aber auch für den Menschen und für die Landwirtschaft. Deshalb brauchen wir jetzt konkrete Maßnahmen. Denn die Menschen wollen Flower-Power, Bienen-Power und Summen und Brummen, aber keinen stummen toten Frühling, in dem wir keine Vögel und Insekten mehr haben. Deshalb müssen wir das Thema baldig angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meyer. - Für die Landesregierung erteile ich nunmehr Herrn Minister Lies das Wort.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir können uns auf einen Punkt ganz schnell verständigen. Im Thema und in der Notwendigkeit des Handelns sehen, glaube ich, wir alle überhaupt keinen Widerspruch, sondern im Gegenteil: Es gibt dringenden Handlungsbedarf. Ich bitte dabei aber darum, dass wir nicht schon zu Beginn eines Prozesses - der übrigens auch viel mit der Frage von wissenschaftlichen Untersuchungen zu tun hat - versuchen, die Verantwortlichkeit auszumachen und zu sagen: „Das ist die Verantwortlichkeit; wenn wir das lösen, ist das Problem beseitigt!“ Dann haben wir aber möglicherweise den einen oder anderen Aspekt links und rechts davon außer Acht gelassen haben.

Deswegen, finde ich, ist das Ansinnen, das wir als Länder - das darf ich, glaube ich, für die anderen Kolleginnen und Kollegen nach der letzten Umweltministerkonferenz auch sagen - und der Bund gemeinsam angehen, richtig. Man muss einen doppelten Weg gehen. Man muss den einen Weg gehen und zügig handeln. Das kann auf keinen Fall schaden. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Man muss aber auch den zweiten Weg mit genauen wissenschaftlichen Untersuchungen und begleitenden Analysen gehen, um eben nicht nur

festzustellen, was wir wissen, dass wir einen großen Teil der Biomasse der Insekten verloren haben, aber keine Antwort darauf geben können, welche Arten davon betroffen sind. Über die Frage, welche Arten betroffen sind, müssen wir auch Ursachenforschung betreiben können. Wir brauchen also beides.

Deswegen bin ich erst einmal sehr froh, dass es bei diesem Thema eine hohe Sensibilität gibt. Ich danke Ihnen für die Anfrage, weil die Große Anfrage mir und dem Haus noch einmal Gelegenheit gibt, ausführlich über das Thema Rückgang der Biodiversität - das haben wir eindeutig; das ist festgestellt - und insbesondere über den teils dramatischen Insektenrückgang in unseren Landschaften zu berichten und schon Antworten zu geben. Aber ich glaube, es sind noch Fragen offen geblieben, weil tatsächlich noch Ergebnisse fehlen.

Mein Eindruck ist, dass dies nicht nur hier bei uns im Landtag, sondern inzwischen ein sich sehr schnell entwickelndes gesellschaftliches Thema ist. Das ist gut so. Es ist gelungen, dass sich viele an ganz vielen Stellen in den Städten, Gemeinden und Regionen mit der Frage auseinandersetzen: Was kann ich tun? Ich glaube, symbolisch steht dafür die Biene. Alle identifizieren sich damit und unterscheiden möglicherweise nicht mehr - Dirk Adomat wird das sicherlich noch einmal sagen -, ob es sich um die Honigbiene oder die Wildbiene handelt. Aber das ist auch egal. Wenn wir Leute dafür gewinnen können, etwas zu tun, dann müssen wir sie ja nicht gleich aufklären und sagen, für was sie arbeiten. Das, was sie tun, ist auf jeden Fall richtig; das merkt man.

Deswegen will ich zu Beginn Folgendes sagen, weil wir über ganz viele reden, die betroffen sind: Alle in der Gesellschaft können ihren Teil zur Artenvielfalt, zur Insektenvielfalt, gegen das Insektensterben und damit zum Erhalt der Biomasse beitragen. Ich hoffe, dass der Diskurs mit dieser Großen Anfrage nicht beendet ist, sondern die Intensität der öffentlichen Diskussion und auch der Diskussion unter uns anhält und wir auch Maßnahmen ergreifen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage zum Thema Insektenschutz in Niedersachsen ist eine gute Möglichkeit, Ihnen darzustellen, dass die Landesregierung das Thema Insektensterben sehr ernst nimmt und mit Akribie und großem Verantwortungsbewusstsein in die Ursachenermittlung eingestiegen ist.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Die ganze Landesregierung?)

- Die ganze Landesregierung. Ich spreche für die Landesregierung, und zwar aus dem Kopf und nicht aus dem Bauch heraus - um das an der Stelle noch einmal zu betonen.

Da es entscheidend ist, dass wir keine Zeit verlieren dürfen, habe ich auch veranlasst, innerhalb von zwölf Monaten - es bedarf einer gewissen Zeit - ein Aktionsprogramm gegen das Insektensterben zu erarbeiten.

Nun kann man sagen, all das hätte längst fertig sein müssen. Dazu muss man aber auch sagen: Das Insektensterben ist nicht in wenigen Monaten eingetreten. Wir alle wissen, dass wir etwas tun müssen, und wir alle wissen, dass bestimmte Forschungsergebnisse nachhaltig dazu beitragen, dass auch agiert wird. Das Haus hat damit die Gelegenheit, intensive Dinge auf den Weg zu bringen. Innerhalb von zwölf Monaten soll ein Aktionsprogramm gegen das Insektensterben erarbeitet werden, mit dem wir uns dann auch in einer guten Abstimmung zwischen dem Bund und den anderen Bundesländern befinden und die richtigen Maßnahmen und Programme entwickeln können. Das macht ja nicht ein Land anders als das andere. Daher sollten wir zusehen, dass wir alle gemeinsam mit dem Bund und auch mit der Unterstützung des Bundes agieren; denn wir tragen nicht die alleinige Verantwortung. Die können wir auch teilen, und der Bund soll sich natürlich an der Lösung beteiligen.

Wir brauchen also Maßnahmen und Programme, um effektiv und nachhaltig gegen das Insektensterben vorzugehen, und kein Alibi nach dem Motto: Jetzt haben wir etwas gemacht, und das war's! - Denn die Verantwortung tragen wir nicht nur für heute, sondern auch für die zukünftigen Generationen. Damit wollen und müssen wir für den Erhalt und vor allen Dingen für die Verbesserung der biologischen Vielfalt - denn das muss das Ziel sein - in all unseren Landschaften sorgen.

Der Verlust der biologischen Vielfalt ist global und übrigens auch in Deutschland inzwischen die größte Herausforderung im Naturschutz. Die Geschwindigkeit der Zunahme der Aussterberate von Arten und die Lebensraumzerstörung sind - das muss man deutlich sagen - in den allermeisten Teilen menschengemacht und nicht von der Natur vorgegeben.

Meine Damen und Herren, nun ein paar Worte zum Hintergrund und zur Bedeutung. Wir haben in der Rede gerade schon einiges gehört, und Sie sehen es natürlich auch in den Antworten.

Verschiedene Studien belegen den deutlichen Rückgang der biologischen Vielfalt sowie die dramatische Abnahme der Biomasse von Insekten. In Deutschland gibt es ungefähr 33 000 Insektenarten. Das macht mehr als 70 % der biologischen Vielfalt aus.

Insekten sind von zentraler Bedeutung für unser Ökosystem - wir haben es gehört -, für die Bestäubung von mehr als 80 % der Wildpflanzen, für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, die Humusbildung und sind auch fundamentale Nahrungsbasis für Vogel- und Fledermausarten.

Wir haben vor allen Dingen eine Studie, die uns auch wegen ihrer Dramatik nachdenklich gemacht hat. Das basiert aber nicht nur auf dieser einen Studie, sondern es gibt auch andere Studien, die oft eher spezifisch sind. Wenn wir ganz ehrlich sind, ist es schon erstaunlich, dass wir heute anhand einer 30-jährigen Studie feststellen, was eigentlich passiert ist. Das ist ja ein schleichender Prozess und nicht schlagartig passiert. Das ist keine Frage von wenigen Jahren - das müssen wir uns insgesamt zum Vorwurf machen -, sondern die Begleitung ist nicht intensiv genug erfolgt. Angesichts dessen, was wir in der gesellschaftlichen Entwicklung wissenschaftlich begleiten, ist es erstaunlich, wie viele Fragen offen sind.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Es waren auch noch Ehrenamtliche! Das muss man mal lobend erwähnen!)

- Das ist völlig richtig. Das kommt noch dazu. Das ist ein absolut richtiger Hinweis. Das Ganze wurde nicht einmal staatlich organisiert und durchgeführt, sondern auf ehrenamtlicher Basis wurden uns mit großem Engagement die Impulse geliefert, wo Notwendigkeiten zum Handeln bestehen. Das ist völlig richtig. Das muss man auch noch einmal sagen. An dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an alle diejenigen, die das über Jahrzehnte gemacht haben, weil sie dazu beigetragen haben, dass wir die Diskussion heute führen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Aber es bleibt dabei: Erstaunlich ist, dass wir den Rest nicht haben. Da müssen wir uns zumindest fragen, warum es so weit gekommen ist.

Was ist die Ursache dafür? - Sie haben an den Antworten auf die Anfrage gesehen, dass es etwas schwierig ist, alles zu erklären, und man muss auch aufpassen. Deswegen bitte ich bei den Antworten immer um Verständnis. Aufgabe der Landesregierung kann es nicht sein, Mutmaßungen zu verbreiten, sondern die Antwort der Landesregierung muss eine Grundlage haben. Möglicherweise muss man diese Grundlage auch näher untersuchen; das soll ja auch gerade das Ziel sein.

Der Verlust an Lebensräumen durch Flächenversiegelung und Nutzungsänderungen ist, glaube ich, unbestritten. Es führt auch kein Weg daran vorbei, deutlich zu machen, dass das so ist: die quantitative Verschlechterung der Lebensräume wie auch die qualitative Verschlechterung der Lebensbedingungen - die veränderten Bedingungen in der Arbeit, die veränderten Bedingungen in der Landwirtschaft, die Luftverschmutzung. Viele Dinge tragen dazu bei. Wir werden auch untersuchen müssen, inwieweit klimatische Veränderungen - Stichwort „Klimawandel“ - dazu beitragen, dass sich die Artenvielfalt verändert.

Ich will aber, weil wir ansonsten immer sehr gern auf die Landwirtschaft schauen und sagen, sie müsse es ja gewesen sein, fragen, ob wir nicht insgesamt in der Verantwortung stehen. Man muss auch nach der eigenen Verantwortung fragen. Ich habe es schon einmal gesagt: Mit der großen Begeisterung eines Ingenieurs kann ich einem Mähroboter viel abgewinnen. Mit der Verantwortung für Umwelt und Natur - ich wohne übrigens nicht so - kann ich einem Mähroboter gar nichts abgewinnen. Das heißt, die Kritik, die wir immer an Teilen der Landwirtschaft üben, müssen wir auch an uns üben. - Hat hier jemand einen Mähroboter?

(Lachen bei der SPD und bei der CDU)

- Oh, alles klar.

Die Verantwortung, die wir Teilen der Gesellschaft zuschreiben - das kann man ja machen -, müssen wir dann aber auch explizit auf uns beziehen. Nun sind wir uns wohl relativ schnell einig, dass ein Mähroboter wenig zur Artenvielfalt beiträgt - trotz der Tatsache, dass es eine kluge technische Entwicklung ist; das will ich nicht infrage stellen.

Aber es geht ja noch weiter. Bei den vielen Initiativen in den Regionen, in den Kommunen zeigt sich auch, dass auch das Kiesbeet im Vorgarten nicht der richtige Weg ist, um Artenvielfalt zu erzielen. - Für die Steinartenvielfalt vielleicht, aber mit Si-

cherheit nicht die Artenvielfalt, die wir meinen. Es geht auch um die Frage, wie Gartengestaltung aussehen sollte.

(Jens Nacke [CDU]: Ich habe den Eindruck, die Präsidentin hat auch einen Mähroboter! - Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

- Wir treffen uns gleich mal, um bei einem Kaffee darüber zu reden.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich glaube, wir tauschen uns hinterher über Höhenverstellbarkeit und Wildblumenwiesen inmitten eines Rasens aus. Da hätte ich schon meinen Beitrag dazu zu leisten.

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Das freut mich; das würde ich gleich gern nutzen.

Ich glaube, auch die Gartengestaltung macht eine Menge aus. Eigentlich ist es doch eine gesellschaftliche Frage. Wir erleben doch alle - zumindest, wenn man sich in der nahen Nachbarschaft umschaute -: Der gepflegte Garten zeichnet sich nicht durch Artenvielfalt und Artenreichtum aus. Er zeichnet sich in der Regel durch andere Formen des Pflegezustands aus. Vielleicht muss auch ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Mein Wunsch ist: Nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen - da schaue ich noch einmal zu meiner Kollegen Bärbel Otte-Kinast -, nicht nur auf die Landwirtschaft zeigen, sondern auch überlegen, was man selbst tun kann. Aber natürlich trägt auch die Landwirtschaft Verantwortung. Das nehmen wir sehr ernst und passt auch zu den Themen, die wir gerade diskutiert haben.

Die Aktivitäten von Land und Bund sind dabei natürlich entscheidend. Bund und Länder müssen zusammenarbeiten - Niedersachsen muss dabei mitwirken -, um, wie vorhin dargelegt, die immense Wissens- und Datenlücke zu Populationsveränderungen bei Insekten zu schließen. Es kann nicht sein, dass wir so wenig darüber wissen. Wir brauchen also den Aufbau eines bundeseinheitlichen Insektenmonitorings. Das ist ab 2019 auch geplant. Dann können wir in den Ländern auch agieren und haben nicht länderspezifisch nur in Niedersachsen die eine Untersuchung durchgeführt.

Das ist ja ein bisschen das Problem bei der Krefelder Untersuchung, dass man die Ergebnisse statistisch nicht verifizieren kann, weil an anderer Stelle

keine Untersuchungen durchgeführt worden sind. Das macht es ein bisschen schwierig. Wir müssen überall einheitlich, mit den gleichen wissenschaftlichen Methoden arbeiten, damit wir eine breite Datenbasis haben, um auch verlässlich und substantiiert Aussagen daraus treffen und im Monitoring auch einen Rückschluss auf die Ursachen des Insektenrückgangs definieren zu können. Mit den gewonnenen Erkenntnissen - wir beginnen schon jetzt und warten nicht etwa zehn Jahre ab - haben wir auch andere Möglichkeiten, gezielt effektive Maßnahmen zur Förderung der Insekten-, der Artenvielfalt zu initiieren.

Meine Damen und Herren, die heutige Erkenntnislage zwingt uns - wie bereits angedeutet - auch zum sofortigen Handeln; denn die nachgewiesenen Rückgänge sind derart groß, dass wir nicht einfach abwarten und sagen können: Wir untersuchen erst einmal. - Deswegen starten wir ein Aktionsprogramm für den Erhalt und die Förderung der Insektenvielfalt. Ziel ist, das Ergebnis im Mai 2019 vorzulegen.

Nun kann man immer sagen: Die reden und das dauert! - Alle, die politische Erfahrung haben, wissen, dass es einfach auch dauert, bis so etwas substantiell ausgearbeitet worden ist. Ich bitte immer um Verständnis dafür, dass man nicht irgendetwas aufschreibt, herausgibt und dann sagt „Guck mal, es ist fertig!“ und es dann ins Regal legt. Wenn man etwas macht, muss es Substanz haben und umgesetzt werden. Daher bitte ich darum, auch die notwendige Zeit dafür einzuräumen, es gründlich zu machen.

Derzeit läuft eine an Kommunen gerichtete Kampagne zur Sicherung, Rückgewinnung und Gestaltung öffentlicher Flächen im Sinne des Insektenschutzes. Gerade die Wegraine, die Wegeseitenränder, bilden ein enormes Flächenpotenzial. Wenn man sich einmal ansieht, was tatsächlich in der Vielfalt zusammenkommt, ist das ein guter Weg. Er schafft Lebens- und Rückzugsräume, und er schafft auch Verbindungselemente zur Vernetzung von Biotopen.

Da kommt den Städten, Gemeinden und dem Land logischerweise neben der Landwirtschaft eine ganz besondere Rolle zu. Wir sind gerade dabei, Best-Practice-Beispiele zusammenzustellen. Es passiert nämlich eine ganze Menge. - Da ich gerade Herrn Bode sehe: „Celle blüht auf“ ist ja ein gutes Beispiel dafür. In vielen Städten und Gemeinden wird ganz viel gemacht. Lasst uns das doch bündeln - - -

(Zuruf)

- Das kennt Herr Bode sicherlich.

(Jörg Bode [FDP]: Natürlich!)

- Das wollte ich auch nicht infrage stellen.

Auf jeden Fall ist das ein gutes Beispiel dafür, was schon gemacht wird. Man muss ja nicht überall das Rad neu erfinden. Das kann Modellcharakter haben, um es auszuweiten und an anderen Stellen ähnlich vorzugehen, d. h. genau den Weg der Best-Practice-Beispiele zu gehen, eine positive Gestaltung insektenfreundlicher öffentlicher Flächen vorzunehmen und zur Nachahmung anzuregen.

Ich habe mir vor Kurzem ein Projekt im Landkreis Lüneburg angesehen, bei dem es direkt um die Frage der Wegraine an den Verkehrsstraßen geht. Ehrlicherweise würden wir zwei Dinge erreichen: Wir würden, wenn wir es mit den Wegrainen richtig machen, also wenn wir mit dem richtigen Saatgut an der richtigen Stelle arbeiten, etwas für die Artenvielfalt tun, und wenn wir es klug machen, hätten wir weniger Arbeit beim Mähen der Wegeseitenränder. Es ist also nicht nur eine Investition in ökologische Vielfalt, es kann auch ökonomischer Nutzen sein, den wir damit erzielen. Ich glaube, dass wir an einer Stelle sind, wo man das klug machen muss. Wir untersuchen das dort sehr intensiv.

Noch einmal: Für jede Region, für jede Art von Bodenverhältnissen ist das Ziel, das wir erreichen wollen, anders. Aber es ist ein einfacher Weg, der eben nicht bedeutet, nur Geld in die Hand zu nehmen, und der in der Fläche, die wir haben, eine ganze Menge bewirken kann. Und Sie haben völlig recht: Das ist eine Aufgabe der gesamten Landesregierung, weil jeder in seinem Ressortbereich unterschiedliche Möglichkeiten hat anzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung nimmt das Thema Rückgang der Biodiversität, der Artenvielfalt, eben gerade den Insektenrückgang sehr ernst. Sie wird sich auf der Basis der genannten Themen bundesweit eines einheitlichen Monitorings an der Ursachenforschung zum Insektenrückgang beteiligen.

Darüber hinaus ist es das erklärte Ziel, den Insektenrückgang nicht nur aufzuhalten, sondern Artenvielfalt - und gerade Insektenvielfalt - auch in Niedersachsen mit kurz-, aber auch mit langfristig wirkenden Maßnahmen - etwa bei der Program-

mierung der neuen Förderperiode - effektiv voranzubringen.

Ich hoffe, aber ich bin auch fest davon überzeugt, dass dieses Thema nicht nur ein Thema des Jahres 2018 war, in dem eine Studie für hohe Sensibilität gesorgt hat, sondern dass es uns gelingt, dieses Thema auch gesellschaftlich über die nächsten Jahre weiterzutragen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass sich die Insekten- und Artenvielfalt in unserem Land wieder verbessert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Umweltminister Lies. - Jetzt kommen wir zu den weiteren Wortmeldungen. Aus der FDP-Fraktion der Abgeordnete Hermann Gruppe. Bitte schön!

Hermann Gruppe (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Physiklehrer hat uns in der Schule einmal gesagt: Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass Sie nichts sehen. - Wenn man diese Antwort auf die Große Anfrage studiert hat, dann kann man nur sagen: Wir wissen, dass wir fast nichts wissen.

Dort wird ausgeführt, dass die Zahl der vorkommenden Arten nicht bekannt ist, und auch Aussagen zur Gesamtmasse der Insektenbestände sind nicht möglich. Auch auf die Frage zu den Bienen und Hummeln wird geantwortet, es gebe nur nicht-systematische Erkenntnisse. Der Expertenkreis beklagt also insgesamt eine völlig unzureichende Datenlage, stellt aber den dramatischen Insektenrückgang nicht infrage.

Meine Damen und Herren, wissenschaftlichen Anforderungen genügt das natürlich überhaupt nicht. Die Landesregierung führt auf die Anfrage auch aus, dass wissenschaftliche Vorhaben zur Insektenbiodiversität nicht aus Landesmitteln unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, die Ursachen sind vielfältig und wissenschaftlich nicht geklärt, und es ist auch nicht bezifferbar, in welchem Maße sie überhaupt vorliegen. Zu der Studie des Entomologischen Vereins Krefeld - der Herr Minister hat dazu gerade schon etwas gesagt - sagte Prof. Dr. Jens Dauber, der Leiter des Thünen-Instituts in Braunschweig, diese Studie sei nicht dazu konzipiert, langfristige Entwicklungen der Insektenbiomasse

oder der Insektengemeinschaft systematisch und repräsentativ zu beobachten; es handele sich lediglich um eine gelungene Vermarktung der Ergebnisse.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ach!)

Meine Damen und Herren, ich will überhaupt nicht infrage stellen, Frau Staudte, dass wir hier ein sehr ernstes Problem haben, um das wir uns dringend kümmern müssen. Das versuchen wir in der Landwirtschaft auch mit Nachdruck. Aber dafür ist es notwendig, dass wir wirklich gesicherte Erkenntnisse haben, auf deren Grundlage wir argumentieren können, und nicht Vermutungen, die von der Wissenschaft arg infrage gestellt werden.

Meine Damen und Herren, die Bienen wurden als diejenigen angeführt, die uns natürlich sehr am Herzen liegen. Es wird ausgeführt, dass eine mögliche Schädigung von der Dosierung abhängt. Das ist Landwirten natürlich bewusst und das tägliche Einmaleins. Herr Dr. Rosenkranz, Leiter der Landesanstalt für Bienenkunde an der Uni Hohenheim, sieht allerdings in dem großflächigen Befall mit der Varroamilbe eine wesentlich existenziellere Bedrohung und äußert sich skeptisch, dass von einem statistisch abgesicherten Bienenstamm gesprochen werden kann.

Insofern wundert mich doch, woher Herr Meyer die Erkenntnisse nimmt, die zu einer solch drastischen Aussage berechtigen, wie er es hier getan hat. Ich will ihm aber bei dem Zitat „Wenn die Biene stirbt“ ausdrücklich recht geben. Es wäre eine blanke Katastrophe, wenn die Insekten nennenswert geschädigt werden. Dabei kann es keine zwei Meinungen geben. Aber alles nur schlechtzureden, halte ich nicht für richtig. Die Fakten, die wir kennen, besagen beispielsweise, dass seit zwölf Jahren die Zahl der Imker zunimmt, dass die Zahl der Bienenvölker zunimmt, dass die Honigernte pro Bienenvolk zunimmt.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Die Sterblichkeit der Bienen!)

Das zusammengerechnet führt in dieser Antwort dazu, dass man die Ernte von 837 t vor 30 Jahren jetzt auf 2 640 t hochrechnet, also auf das mehr als Dreifache.

Meine Damen und Herren, wir Bauern und die Imker arbeiten immer intensiver zusammen, und es macht Riesenspaß, dabei zu überprüfen, ob man im Einklang mit der Natur wirtschaftet. Die Imker haben - das höre ich aus deren Kreisen - aus eigener Motivation ein großes Interesse daran,

dass auch der erfolgreiche Rapsanbau in der Landwirtschaft weitergeht.

(Glocke der Präsidentin)

Wenn wir unsere Pflanzen nicht mehr vor Krankheiten oder Schädlingen schützen können, dann ist zu befürchten, dass die Entwicklung eher wieder rückwärtsgeht. Insofern gibt es da ein gemeinsames Interesse, und wir sollten mit Erkenntnissen arbeiten statt nur mit Vermutungen und Bezichtigungen.

Was auch hier wieder die absolut richtige Herangehensweise wäre, ist zu gucken, was man selbst tun kann. Der Minister hat eben angesprochen, wie unsere Vorgärten zum Teil aussehen. Ich lebe in einer Gemeinde mit 3 400 Einwohnern. Ich wollte es nicht glauben: Wir haben 7 ha Grünflächen, die alle als Rasen gemäht werden, mit einer ökologischen Wertigkeit, die nicht weit vom Beton oder Teer entfernt ist, um es einmal zugespitzt zu sagen. Da muss man umdenken. Der Blühstreifen, den es hier in der Stadt Hannover gibt, ist klasse.

(Glocke der Präsidentin)

Da gibt es vieles, was man tun kann. Wir Bauern sind stark dabei, Herr Meyer. Auch im Kreis Holzminden - Sie wissen es sicherlich - nehmen die Landwirte sehr stark am Blühstreifenprogramm teil.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Letzter Satz!

Hermann Grupe (FDP):

Also bitte nicht Vermutungen und Schuldzuweisungen, sondern die Bereitschaft, das eigene Verhalten zu überprüfen und gemeinsam daran zu arbeiten, um dann bei diesem sehr ernstesten Problem wirklich voranzukommen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Ich danke Ihnen. - Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Frank Schmädeke gemeldet.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich Herrn Lies zuwenden. Das, was Sie eben gebracht haben, hätte auch aus unserer Feder stammen können. Es geht uns

allen um die Sache. Das war super gut ausgerichtet.

Nun möchte ich mich der Anfrage der Grünen zuwenden. Liebe Kollegen, mit dieser Großen Anfrage an die Landesregierung machen Sie mehr als deutlich, wie gering eigentlich das Wissen um die Ursache des immer wieder beschriebenen Insektensterbens ist. Ja, noch mehr: Die Fragen verdeutlichen, wie gering doch eigentlich das Wissen über die Entwicklung der Artenzahlen, der Individuenzahlen und der Gesamtmasse der Insektenbestände in Niedersachsen ist.

Meine Damen und Herren, bereits in der parlamentarischen Debatte am 18. April 2018 habe ich im Rahmen des Entschließungsantrages von SPD und CDU mit dem Titel „Artensterben aufhalten - Insekten schützen“ unterstrichen, welchen Stellenwert wir dem Insektenschutz beimessen. Gleichzeitig habe ich jedoch bereits damals darauf hingewiesen, dass in Deutschland nur wenige wissenschaftlich basierte Zeitreihen vorliegen, die die Entwicklung der Biomasse von Fluginsekten beschreiben. Ich wies darauf hin, dass es eine Evaluierung dieser Ergebnisse nicht gäbe. Vorliegende Daten und Ergebnisse aus Deutschland und Großbritannien zeigten kein einheitliches Bild, wobei ein Vergleich nur schwer möglich sei.

Weitere Studien, die aktuell im Rahmen dieser Großen Anfrage von der Landesregierung aufgeführt werden, lassen ebenfalls aufgrund unterschiedlicher Versuchsansätze nicht zu, belastbare Hinweise auf Hauptrückgangursachen zu benennen.

Um belastbare und repräsentative Datensätze zu erhalten, brauchen wir sowohl ein bundesweit standardisiertes Insektenmonitoring als auch weitere wissenschaftliche Ursachenforschung und Analysen als Grundlage für eine zielführende und effiziente Stabilisierung unserer vielfältigen Insektenpopulationen.

Die Forderung der Umweltministerkonferenz im November 2017 an die Bundesregierung, einen Methodenleitfaden für ein Insektenmonitoring zu beauftragen, zielte genau in die richtige Richtung. Erst auf Grundlage der dann zu erwartenden belastbaren Erkenntnisse können Sofortmaßnahmen, wie sie bereits in unserem Entschließungsantrag aufgeführt wurden, zielgerichtet durch Landwirte, Grundbesitzer, Industrie, Kommunen und private Haushalte umgesetzt werden.

Bereits heute können wir jedoch annehmen, dass die in vielen Studien beschriebenen Veränderungen im Auftreten von Insektenarten mit Lebensraumveränderungen im weitesten Sinne einhergehen. Diese Entwicklung dürfte durch eine Vielzahl von Ursachen bedingt sein, welche jedoch im Einzelnen wissenschaftlich noch nicht abschließend geklärt sind.

Unbestritten, meine Damen und Herren, sind als Gründe des Rückgangs von Insekten z. B. die veränderte Bewirtschaftungspraxis von landwirtschaftlichen Nutzflächen - bis hin zu strukturellen Veränderungen, z. B. Flächenversiegelungen; das gilt auch für den Garten - oder der Verlust an bestimmten Biotopstrukturen zu nennen. Aber auch weitere Faktoren wie z. B. Luftverschmutzung, Lichtsmog und Witterungseinfluss sind hervorzuheben.

Gerade auch klimatische Veränderungen können bekanntermaßen unterschiedlich auf die Artenvielfalt von Insekten wirken. Sie können bei einzelnen Insekten eine Zunahme - siehe aktuell die Hornisse und die Wespe -, bei anderen Arten aber auch einen Rückgang der Individuenzahlen zur Folge haben. - Herr Meyer, hierzu eine Anmerkung: Die höheren Temperaturen - das weiß ich von den Imkern - haben in diesem Jahr zu außerordentlich hohen Honigtrachten geführt. Das weist doch auf zumindest in diesem Jahr vitale Bienen hin.

Meine Damen und Herren, schon in der Koalitionsvereinbarung haben CDU und SPD vereinbart, den Verlust der Artenvielfalt z. B. von Insekten gründlich zu erforschen. Wir sehen die Notwendigkeit der biologischen Aufwertung von Ökosystemen und ihrer Verbundstrukturen etwa durch die Förderung von Obststreuwiesen, die Pflanzung heimischer Bäume und Hecken, die Förderung von Wiesenvogelschutz sowie den Aufbau von Blühstreifenprogrammen. Gerade die bestehenden Blühstreifenprogramme sollen hierfür praxisorientiert und flexibel gestaltet werden, um das Nahrungsangebot für Bienen und andere Insekten auch im Spätsommer zu erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Artenvielfalt durch Vertragsnaturschutz, Nutzung der bestehenden Greeningprogramme, Veränderungen der Agrarfördermaßnahmen, Einbeziehung kommunaler Flächen, verbessertes Flächenmanagement oder freiwillige Schaffung von naturnahen Lebensräumen fördern. Auch unser erklärtes Ziel, dem voranschreitenden Flächenverbrauch durch Flächenversiegelung vorzubeugen und die Entsiegelung und

Wiederverwertung bereits genutzter Flächen zu fördern, dürfte der Biodiversität zugutekommen.

Grundsätzlich gilt, dass wir nur gemeinsam und im ständigen Dialog mit den Flächennutzern und Grundstückseigentümern substanzielle Fortschritte erzielen werden, die einen bedeutenden und vor allem auch nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Biodiversität zur Folge haben.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte - das ist heute noch nicht angeklungen - zu der Frage, wann Bienengifte wie Neonicotinoide verboten werden.

Unstrittig ist, dass wir uns für ein weiteres Verbot einsetzen werden, wenn Risiken für Bienen und andere Insekten wissenschaftlich belegt werden. Allein die Vermutung hierfür reicht uns allerdings nicht aus, meine Damen und Herren. Die Agrar- und Energiepolitik auf Landes-, Bundes- und Europaebene, die stetig steigenden Anforderungen der globalisierten Märkte und das sich wandelnde Verbraucherverhalten - alle diese Einflussfaktoren haben unsere Betriebe in gutem Glauben zu dem gemacht, was sie heute sind.

Als ein Baustein einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion und Nahrungsmittelsicherheit ist der gezielte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der guten fachlichen Praxis zurzeit jedoch unerlässlich. Um unseren Betrieben auf dem Markt das Überleben zu sichern, gehört zu jedem Verbot eines Pflanzenschutzmittels - sofern es denn kommt - auch die Empfehlung einer wirtschaftlich tragfähigen Alternative. Dieses können alternative Präparate sein oder auch innovative mechanische Verfahren auf Grün- oder Ackerland. Hier gilt es, die Forschung voranzutreiben und notwendige Veränderungen bzw. Verbote mit Weitsicht nach einem fundamentierten Abwägungsprozess vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, zur Erläuterung für vorzunehmende Abwägungsprozesse sei hier noch ein Beispiel aus der Praxis erlaubt: Im Trinkwasserschutz empfiehlt die Beratung als eine effektive Maßnahme zur Reduktion der Nitrateinträge in das Grundwasser die reduzierte Bodenbearbeitung nach der Ernte im Herbst. Eine Einsaat der Folgefrucht soll dann nach Möglichkeit auch direkt, ohne wendende Bodenbearbeitung, erfolgen. Bei diesem trinkwasserschützenden Verfahren ist es jedoch unerlässlich, die wiederauflaufende Vorfrucht und die Beikräuter vor Einsaat der Hauptfrucht zu entfernen.

(Glocke der Präsidentin)

Hier wird nun im Rahmen der guten fachlichen Wasserschutzpraxis standardmäßig Glyphosat eingesetzt. Würde Glyphosat für den Einsatz verboten und hätten wir außer einer mechanischen wendenden Bodenbearbeitung keine Alternative, dann wäre die reduzierte Bodenbearbeitung als eine effektive Maßnahme zur Reduktion der Nitratreinträge in das Trinkwasser gestorben.

Ich fasse zusammen. Hieran sehen wir: Verbote brauchen Alternativen. Dazu bedarf es einer guten und weitsichtigen Forschung, die unseren Landwirten immer wieder alternative Wege aufzeigt, mit denen sie sich erfolgreich am Markt behaupten können.

Damit bin ich schon fast am Ende meiner Ausführungen. Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss noch einen kleinen Hinweis an die Fraktion der Grünen - etwas zum Schmunzeln. Sie haben wirklich versucht, eine Sammlung diverser Fragen im Hinblick auf das Insektensterben zusammenzutragen, mal mehr und mal weniger zielführend. Zur besseren Übersicht haben Sie die 108 Fragen dankenswerterweise inhaltlich etwas strukturiert.

(Glocke der Präsidentin)

Unter Nr. III haben Sie sechs Fragen zusammengestellt, die auf die Folgen für die Vogelwelt abzielen. Tatsächlich zielen zwei dieser Fragen jedoch auf die Fledermaus ab.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Dr. Schmädeke, Sie haben Ihre Redezeit jetzt um einiges überschritten. Sie haben aber gleich noch die Option, weiter zu antworten. Es gibt nämlich eine Kurzintervention der Kollegin Miriam Staudte auf Ihren Wortbeitrag. Ich würde Sie bitten, jetzt erst einmal die Kurzintervention zuzulassen.

(Dr. Frank Schmädeke [CDU]: Frau Staudte, bitte, ich lasse Ihre Kurzintervention zu!)

- Dafür müssen Sie kurz das Redepult räumen. Dann dürfen Sie noch einmal für 90 Sekunden zur Beantwortung wiederkommen.

(Dr. Frank Schmädeke [CDU]: Danke! Das wäre aber der letzte Satz gewesen! - Christian Grascha [FDP]: Er kann doch noch zu Ende ausführen!)

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es freut uns, dass Sie das so genau gelesen haben und uns vielleicht auch noch einen kleinen Schmunzler bereiten konnten. Aber ich möchte auf ernsthaftere Aspekte eingehen.

Sie und auch Ihr Vorredner haben gerade in den Raum gestellt, dass diese Studien nicht belegt wären. - Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die dieses Krefelder Ergebnis untermauern: kleine regionale, z. B. in Regensburg. Auch der Weltrat für Biodiversität hat 2016 festgestellt, dass es um die Insektenentwicklung sehr schlecht bestellt ist und dass weltweit 40 % vom Aussterben bedroht sind.

Es gab auch einen Review dieser Studie des Entomologischen Vereins Krefeld. Eine Reihe von Wissenschaftlern hat für ein Wissenschaftsjournal den Aufbau überprüft und ob die Ergebnisse belastbar sind. Dies haben sie bestätigt. Insofern weise ich die Kritik zurück, dass das alles aus der Luft gegriffen wäre.

Ein weiterer Aspekt: Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass das alles nicht belastbar ist und wir deswegen ein fundiertes Monitoring machen müssen. Monitoring machen, Monitoring machen, Monitoring machen - wir müssen irgendwann auch einmal zum Handeln kommen! Wir haben nicht die Zeit, uns nur auf das Monitoring zu beschränken. Wir müssen schon jetzt handeln. Wir wissen auch, um was es geht: Es geht um die Überdüngung, es geht um die Pestizide.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Frau Staudte, letzter Satz! - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, Herr Dr. Schmädeke, jetzt können Sie antworten und Ihre Rede noch fortsetzen.

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Vielen Dank. - Frau Staudte, zum Stichwort „aus der Luft gegriffen“. Ich glaube, was ich gesagt habe, ist unbestritten: Die englischen Untersuchungen zeigen auf, dass es einen Anstieg der Population, aber auch ein Sinken der Population gibt. Die waren nicht eindeutig. Wir haben die Studien nebeneinander gehalten. Die Parameter, mit denen man jeweils vorgegangen ist, sind sehr verschieden. Und das ist der Grund, warum ich gesagt habe, dass man ein standardisiertes Verfahren haben muss: damit man die Studien europaweit

zusammenführen kann und gesicherte Ergebnisse bekommt, die nicht auf irgendwelchen Vermutungen basieren oder kausale Zusammenhänge herstellen, die sich nicht belegen lassen.

Monitoring, Monitoring, Monitoring - ja! Ich habe in meinen Ausführungen aber auch dargestellt, dass wir schon viele Maßnahmen haben. Die habe ich aufgeführt, die stehen auch in unserem Entschließungsantrag, die laufen bereits. Wenn ich diese Maßnahmen aber weiter ausführen will - weil es vielleicht noch nicht genug ist -, dann müssen sie auf fundierten Grundlagen fußen. Da sind wir dran.

Jetzt mein allerletzter Satz: Sie haben unter Vögeln die Fledermaus aufgeführt. Meine Damen und Herren, zu Ihrer Information: Die Fledermaus kann zwar fliegen, aber sie ist kein Vogel, sie ist ein Säugetier.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Dr. Schmädeke. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stefan Wirtz. Bitte!

Stefan Wirtz (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Grüne, ein bunter Strauß an Fragen und Antworten. Eigentlich ein buntes Büschel. Es ist ein bisschen struppig, was da an Fragen vorliegt. Die Fledermäuse sind jetzt rausgeklopft.

Die Anfrage zeigt auch, dass noch ein erheblicher Forschungsbedarf besteht. Der Landesregierung scheinen zumindest keine großen neuen Erkenntnisse vorzuliegen, was Artenzahlen und Populationen der Insekten angeht. So erfahren wir gleich in der Antwort auf die Frage 2, dass es keine belastbare Datenbasis zur Entwicklung der Insektenbestände in Niedersachsen gibt. Man fragt sich, warum die Grünen von vornherein von „Insektensterben“ reden, wenn noch nicht einmal eine Datenbasis vorliegt, also ein Vergleich gar nicht möglich ist.

Wenn Sie darauf geachtet haben: Der Minister Lies hat von einem „Insektenrückgang“ gesprochen und das Wort „Sterben“ deutlich vermieden. Das kommt in der Antwort der Landesregierung auch zum Ausdruck. Sie haben uns - weil Sie uns immer etwas unterstellen müssen - unterstellt, dass wir das Bienensterben leugnen, wo auch immer Sie

das finden. Stattdessen betreiben Sie hier eine Bienenpanik. Das ufert ja schon aus.

(Wiard Siebels [SPD]: Wir haben doch keine Panik vor Bienen!)

- Es ist gut, dass Sie so schreckfest vor Bienen sind. Vielleicht fürchten Sie sich ja vor Wespen oder vor einer Hornisse.

Auf jeden Fall kann der Herr Minister hier mit einer gepflegten Bienenpanik aufwarten, die er nicht untermauern kann. Der Minister Lies hat nämlich auch dargelegt, dass die Bestände der Honigbienen sogar zugenommen haben, jedenfalls die Imkerbestände. Es ist nicht nachweisbar, ob die Bestände der Wildbienen überhaupt abnehmen. Die Arten sind noch nicht einmal eindeutig nachweisbar. Es steht auch in der Antwort, dass die Dunkle Honigbiene gar nicht eine einzelne Art ist, sondern mehrere verschiedene Arten, und dass der Rückgang dieser Honigbiene auch nicht nachvollzogen werden kann.

In der Antwort auf die Frage 9 werden die hier zugrunde liegenden Studien angeführt.

(Unruhe)

- Es wäre schön, wenn Sie Ihre Fragen am Mikrofon stellen könnten.

Sowohl in der Anfrage der Grünen als auch in der Antwort der Landesregierung wird als erstes die Krefelder Studie herangezogen. Diese ist nicht belastbar; das haben wir nun schon häufig gehört. Auch die Untermauerung dieser regionalen Studie durch noch kleinere regionale Studien ist nicht tragfähig. - Sie bemühen hier insgesamt kein tragfähiges Antwortkonzept.

Die Landesregierung spricht in ihrer Antwort auch explizit vom „Rückgang der Biomasse“ und von den „Individuenzahlen“ und nicht vom „Artenrückgang“. Die Studien geben das nämlich größtenteils nicht her. Bei den Individuenzahlen - das ist allerdings richtig - gibt es einen teilweise deutlichen Rückgang, sofern er denn belastbar festzustellen ist.

Dann mutet die Frage 12 der Grünen aber wieder seltsam an. Sie wollten die gesamten Individuenzahlen der Insekten. Das - so hat die Landesregierung auch ausgeführt - kann eine Studie schlichtweg nicht bringen.

Ein wichtiger Punkt wird in Frage 75 angesprochen. Hier heißt es, man wolle die kommenden fünf Jahre verstärkt nutzen, um Alternativen zur Glyphosatnutzung zu entwickeln. Das ist auch richtig so. Das ist ein wichtiger Punkt. Die Landesregierung sollte sich unbedingt dafür einsetzen und dies ernstnehmen.

Nebenbei, Herr Meyer, Sie haben vorhin in einem Nebensatz von der „Klimakatastrophe“ gesprochen. Was ist eigentlich aus der „Klimakrise“ geworden? Ist die inzwischen ausgestorben? Oder wollten Sie am Freitag einfach noch einmal einen Gang höher schalten?

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Das ist zum Glück protokollgänglich, worin auch immer Ihre „Katastrophe“ bestehen soll.

Wir haben hier viel von Zuwächsen und von weiteren Versiegelungen gehört. Den Antworten der Landesregierung können wir aber auch entnehmen, dass der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den letzten 30 Jahren sogar zurückgegangen ist. Wir haben in unserem Lande eine landwirtschaftliche Nutzung auf 30 000 km². Zum Vergleich: Das Straßen- und Wegenetz nimmt 3 000 km in Anspruch. Dieses Straßen- und Wegenetz ist in den letzten 30 Jahren kaum angewachsen. Der Rückgang der intensiv genutzten Agrarflächen wiegt die Versiegelung deutlich auf.

Zu einem früheren Zeitpunkt haben wir heute auch gehört, dass die Windenergie immer mehr Flächen beansprucht. Allein der weitere Ausbau wird annähernd 900 bis 1 000 km² beanspruchen. Auch das ist ein Punkt, den die Grünen gerne auslassen. Der Ausbau von Windenergie intensiviert die Nutzung von Flächen, auf denen Insektenleben auch nicht mehr so einfach möglich ist. Wenn Sie von einem Artensterben reden wollen, dann müssen Sie auch über das Rotmilansterben durch Windkraftanlagen reden, das von den Grünen völlig unkommentiert hingenommen wird, um eine fragwürdige Energiepolitik der früheren grün-roten Regierung weiter zu betreiben.

(Beifall bei der AfD - Miriam Staudte
[GRÜNE]: Und was ist mit den Fischen im Kühlwasser?)

Was noch dazu kommt, ist die Vermaisung unserer Landwirtschaft. Der Maisanbau nimmt inzwischen über 2 000 km² in Anspruch. Dieser Mais wird zur Energieerzeugung genutzt. Auf Mais reagieren die meisten einheimischen Insektenarten allerdings äußerst desinteressiert. Mit Mais können die Insek-

ten herzlich wenig anfangen. Diese Anpflanzung einer Art, die nicht zur einheimischen Pflanzenkultur gehört, produziert neue und größere Probleme, als Sie sie mit Ihren Schutzmaßnahmen und Grünstreifen bekämpfen können.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein paar Worte möchte ich noch zum Thema Pflanzenschutzmittel sagen. Das Grundproblem, das wir bei der gesamten Debatte um die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist, dass die Landwirte unter einem enormen finanziellen Druck stehen, dass sie ökonomisch leistungsfähig bleiben müssen, um weltweit konkurrieren zu können, um bestehen zu können und ihre Produkte vermarkten zu können. Eine regionale Verkaufspolitik, ein regionaler Anbau und Verkauf, würde dem Artenschutz wesentlich mehr bringen als die Turbo-Agrarindustrie, die wir leider weiterhin betreiben müssen und die wir aufrechterhalten müssen, um unsere Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten. Das ist eigentlich die Ursache für unser Artenschutzproblem.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der SPD: Ich denke, wir haben kein Problem!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Wirtz. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Axel Brammer.

Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, dass sie solch eine umfassende Anfrage eingebracht haben. Vielen Dank aber auch an das Umweltministerium für die ebenso umfassenden Antworten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Informationen zeigen, wie wichtig der Entschließungsantrag ist, den die Regierungsfractionen im April zum Thema Insektensterben eingebracht haben. Zu diesem Entschließungsantrag findet am kommenden Montag eine Anhörung im Unterausschuss statt. Die Ergebnisse dieser Anhörung werden in die weiteren Beratungen einfließen. Aber auch die Ergebnisse aus der uns vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage wer-

den eine große Hilfe bei den weiteren Beratungen sein.

Die Ergebnisse der Großen Anfrage belegen, dass Handeln dringend notwendig ist. Es stimmt, was Frau Kollegin Staudte sagt: Wir haben keine Zeit mehr.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dabei geht es nicht nur darum, ein weiteres Insektensterben zu verhindern. Nein, wir müssen die derzeitige Entwicklung sogar umkehren. Das ist eine große Herausforderung.

Neben den vielen Erkenntnissen, die wir aus der Beantwortung dieser Anfrage mitnehmen, gibt es aber auch erschreckend viele Fragen, die nicht beantwortet werden können, weil die Daten schlichtweg fehlen. Das hängt einfach damit zusammen, dass sich Generationen von Umweltministern nicht darum gekümmert haben, was da auf uns zukommt. Aber nicht nur sie!

Als wir im Juni 2017 erstmals den Antrag zum Thema Insektensterben eingebracht haben, wurden wir von vielen, auch von Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, belächelt. Dieser Antrag ist dann der Diskontinuität anheimgefallen. Er ist jetzt - Sie haben es vorhin gehört - im April wieder eingebracht worden. Über lange Zeit wurde einfach ausgeblendet, dass laufend Flächen als Lebensräume für unsere Insekten verlorengehen. Es wurde auch ausgeblendet, dass es über Jahrzehnte zusätzlich eine qualitative Verschlechterung der Lebensräume für unsere Insekten gegeben hat. Und jetzt ist das einfach ein Thema!

Diese Entwicklungen - Herr Minister Lies sagte es vorhin schon - sind nicht nur auf die Landwirtschaft zurückzuführen. Nein, wir verlieren in beträchtlichem Umfang auch Flächen durch Versiegelung, weil Gärten zugespacht oder mit Geräten aus Baumärkten so wie die eigene Wohnung behandelt werden. Am Ende entsteht in den Gärten eine Struktur, die der eines Blumentopfes im Wohnzimmer gleicht. Für Insekten bleibt da kein Raum.

(Mehrere Gruppen von Abgeordneten unterhalten sich)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Kollege Brammer, ganz kurz! - Ich bitte darum, dass alle wieder zuhören oder die wichtigen Gespräche außerhalb des Saals fortführen.

(Axel Brammer [SPD]: Ich nehme das wahr, Frau Präsidentin! Manchen ist

das nicht wichtig, auch dieses Thema nicht! - Anhaltende Unruhe)

Auch hier vorne, bitte! - Danke, Herr Kollege!

Axel Brammer (SPD):

Wir sind froh, dass wir mit Olaf Lies einen Minister haben, der dieses Thema aufgegriffen hat und dafür bekannt ist, dass er Probleme auch energisch angeht.

Wer die 108 Fragen und die dazugehörigen Antworten auf diese Große Anfrage gelesen hat, wird zu der Erkenntnis kommen, dass wir schon viel zu viel Zeit verloren haben. Diese Entwicklung macht Angst.

Ich habe schon im April gesagt, Herr Kollege Meyer, Herr Kollege Grube: Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir bei der Diskussion alle mitnehmen. - Das ist nicht nur ein Thema Einzelner. Nein, da sind wir alle gefordert: Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Imker, Naturschutzverbände, NABU, Angler, BUND, Jägerschaft, aber auch Bürgerinnen und Bürger in ihren eigenen Gärten. - Ich möchte es wiederholen: Wir alle müssen einen Prozess mitgestalten, der letztendlich dazu führen soll, dass wir das Insektensterben nicht nur aufhalten. Wir müssen die Entwicklung umkehren! Dazu gehört eine breite Öffentlichkeitsarbeit, über die auch die notwendigen Anreize geschaffen werden müssen. Dazu gehört letztendlich natürlich das Verbot von allen Schädlingsbekämpfungsmitteln, die das Insektensterben verursachen und beschleunigen, wozu auch die - ein unseliges Wort! - Neonicotinoide gehören. - Frau Präsidentin, wir sind uns einig: Wenn wir die verbieten, brauchen wir hier nicht mehr darüber zu diskutieren und herumzustottern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Meyer [GRÜNE]: Ein Grund mehr!)

Dazu gehört aber auch, das eigene Verbraucherverhalten zu hinterfragen, wenn wir im Laden Produkte zu einem Preis kaufen, von dem die Landwirte nicht leben können, wohl wissend, dass der dazwischen liegende Handel noch gewaltige Gewinne einstreicht. Oder wenn wir am Wochenende den teuren neuen, im Baumarkt gekauften Grill anschmeißen - manche von ihnen kosten 500, 600 oder gar 700 Euro - und darauf das Fleisch aus dem Sonderangebot braten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Meyer [GRÜNE]: Und so auch noch Insekten vertreibt!)

Deshalb werden viele Maßnahmen, die in den nächsten Jahren notwendig werden, mitunter auch schmerzhaft sein - das liegt aber nicht an den nicht gebratenen Steaks -, sind aber unerlässlich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir jetzt aber nicht brauchen, Herr Kollege Meyer und auch Herr Kollege Grupe, ist eine Verursacherdebatte, die uns durch überflüssige Streitereien wieder über lange Zeit blockiert.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich will auf ein Beispiel hinweisen. In den 70er-Jahren führten wir die Debatte über das Ozonloch. Die Industrie hat über Jahrzehnte geleugnet, dass daran Fluorchlorkohlenwasserstoffe mit schuld sind. Das Ozonloch wurde immer größer. Es war später dramatisch groß, so groß, dass man zu internationalen Ächtungen und Verboten gekommen ist. Man hat damals gesagt, dass es 44 Jahre dauern wird, bevor das Ozonloch wieder geschlossen ist. 2011 bekamen wir das erste Mal die Nachricht, dass sich das Ozonloch wieder schließt.

Wir befinden uns an genau der gleichen Stelle wie in den 70er-Jahren: Wir müssen anfangen! Wenn wir es gemeinsam mit allen Betroffenen erreichen - das wir dem einen oder anderen weh tun -, dann werden wir Erfolg haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

An dieser Stelle haben wir als Politiker, als Mittler die größte Verantwortung.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brammer. - Weitere Wortmeldungen hierzu liegen uns nicht vor. Ich stelle fest, dass damit die Besprechung der Großen Anfrage abgeschlossen ist.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 26 und 27, die ich vereinbarungsgemäß zusammen aufrufe:

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404

Tagesordnungspunkt 27:

Erste Beratung:

Europa fördert Niedersachsen - Weichenstellungen für die neue EU-Förderperiode 2021-2027 - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1387

Die Einbringung des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU wird durch den Abgeordneten Dr. Stephan Siemer erfolgen. Danach wird der Antrag der Fraktion der FDP durch den Abgeordneten Stefan Grascha eingebracht. Danach steigen wir in die Beratung ein.

(Christian Grascha [FDP]: Christian!)

- Christian! Entschuldigung!

(Christian Grascha [FDP]: Die meisten bei uns heißen Christian!)

- Ist das in der Familie so üblich?

(Heiterkeit)

Herr Dr. Stephan Siemer, bitte schön!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Hinblick auf die Zeit mache ich es kurz.

Europa ist ein extrem wichtiges Thema, und für Niedersachsen als das Land des ländlichen Raumes ist die Förderung durch die Gemeinsame Agrarpolitik extrem wichtig. 1 Milliarde Euro fließen in der aktuellen Förderperiode nach Niedersachsen für die direkte Förderung der Landwirtschaft und für die zweite Säule, für die Infrastruktur im ländlichen Raum.

(Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch übernimmt den Vorsitz)

In diesem Bereich sind seitens der Europäischen Kommission aufgrund neuer Aufgaben und des Austritts des Vereinigten Königreichs Kürzungen und Umschichtungen geplant.

Meine Bitte ist, dass von diesem Parlament heute die Botschaft ausgeht, dass wir die Landesregierung dabei unterstützen, dass auch künftig der